

Fridays For Future Lindau

Forderungen an

den Landkreis Lindau und die Stadt Lindau

Diese Forderungen richten sich an den Kreisrat des Landkreises Lindau, den Stadtrat der Stadt Lindau, den derzeitigen Landrat, die derzeitige Bürgermeisterin sowie alle folgenden Landrät*innen und Bürgermeister*innen. Als überparteiliche Bewegung sprechen wir hiermit jede Partei und jede*n Vertreter*in einer Partei sowie parteilose Abgeordnete des Kreisrates und des Stadtrates an.

Präambel

Die Klimakrise stellt die größte Bedrohung für Menschheit und Ökosysteme im 21. Jahrhundert dar. Bis 2019 hat sich die Erde laut Weltklimarat (IPCC) im Vergleich zur vorindustriellen Zeit um circa ein Grad Celsius erwärmt und dieser Prozess beschleunigt sich weiter. Die aus dem Klimawandel resultierenden Folgen, wie die Häufung extremer Wetterereignisse und das Artensterben, stellen bereits heute eine reale Bedrohung für uns alle dar. Während wir auf die Kipppunkte des Klimawandels zusteuern, sind wir die ersten, die die Folgen der Erderwärmung spüren und gleichzeitig auch die letzten, die ihn aufhalten können.

Die Notwendigkeit, Maßnahmen zur Eindämmung der Klimakrise zu ergreifen, nimmt Städte im besonderen Maße in die Verantwortung, denn sie sind weltweit für ca. 80% der Treibhausgasemissionen verantwortlich. Rund 75% des Energie- und Ressourcenbedarfs entfallen global auf Ballungszentren. Durch die fortschreitende Urbanisierung wird sich dieser Anteil in Zukunft erhöhen.

Mit der Unterzeichnung des Pariser Abkommens haben sich fast alle Staaten dazu verpflichtet, die Erderwärmung bei deutlich unter 2 Grad zu stoppen und Anstrengungen zu unternehmen, das 1,5°-Ziel zu erreichen - so auch Deutschland. Die wissenschaftlichen Erkenntnisse zeigen seitdem immer deutlicher, welche dramatischen Folgen das Überschreiten von 1,5° Erwärmung für uns und unseren Planeten hätte.

Es herrscht ein breiter wissenschaftlicher Konsens zu der konkreten Bedrohung durch die globalen Veränderungen und die Dringlichkeit zu schnellem Handeln. Deshalb sehen wir als Fridays For Future Lindau und Lindenberg die konsequente Umsetzung der bundesweiten Forderungen von Fridays For Future als essenziell an. Wir betonen, dass gerade auch Kommunalpolitiker*innen die Einhaltung dieser Grenze und die Umsetzung der bundesweiten Forderungen auf allen politischen Ebenen mit größter Entschlossenheit vorantreiben müssen.

Um die Klimakatastrophe zu verhindern, erfordert es insbesondere auch auf Kommunalebene weitreichende Veränderungen sowie die Ausrichtung aller städtischen Sektoren auf Nachhaltigkeit. Ein nachhaltiger Umgang mit unserem Planeten und den Ökosystemen muss Teil unserer Gesellschaft, unserer Kultur und unserer Wirtschaft werden. Daher fordern wir die den Landkreis und die Stadt Lindau auf, deutliche Maßnahmen zu ergreifen, die in enger Zusammenarbeit mit der Wissenschaft erarbeitet und als effektiv und zielführend anerkanntermaßen geeignet sind, den Beitrag Lindaus zur Erreichung des 1,5°-Ziels zu gewährleisten.

Wir fordern den Landkreis und die Stadt dazu auf, unverzüglich wissenschaftlich anerkannte, effektive Maßnahmen zu ergreifen, um damit ihren Beitrag zu leisten, den Klimawandel zu stoppen und die Lebensgrundlage künftiger Generationen nach Artikel 20a GG zu schützen:

- **Der Landkreis und die Stadt Lindau setzen sich auf allen politischen Ebenen für die Einhaltung des 1,5°-Ziels und die Erfüllung der bundesweiten Forderungen von Fridays For Future ein.**
- **Der Landkreis und die Stadt Lindau müssen bis spätestens 2035 Nettonull Treibhausgasemissionen erreichen.**
- **Der Landkreis Lindau schafft einen Kreisklimarat, der aus Vertretern von Kreisrats, Fridays For Future, Parents For Future, dem Förderverein für Erneuerbare Energien sowie dem Klimaschutzmanagers des Landkreises besteht.**
- **Sämtliche Maßnahmen zum Klimaschutz und deren konkrete und schnelle Umsetzung müssen an diesem Ziel ausgerichtet werden!**

Vision für Lindau im Jahr 2035

- Der Landkreis und die Stadt beziehen Strom und Wärme aus erneuerbaren Energien und ist 2035 klimaneutral.
- Die Insel ist seit 2028 autofrei.
- Die Region besitzt sichere und komfortable Infrastruktur für Radfahrer*innen, das ÖPNV-Netz ist flächendeckend, kostenlos und emissionsfrei.
- Die Bevölkerung des Landkreises wird umfassend über die Klimakrise aufgeklärt. Der Landkreis und die Stadt ermöglichen ihnen ein klimafreundliches Leben und informiert transparent über getroffene und nicht getroffene Klimaschutz Maßnahmen. Wurde eine potenziell klimaschützende Maßnahme nicht getroffen, begründet der Kreis/die Stadt dies ausführlich und transparent.
- Der Landkreis und die Stadt nutzen ihre Ressourcen nachhaltig. Alle Bürger*innen können sich gesund, vegan/vegetarisch, regional und saisonal ernähren. Der Abfall im Landkreis und in der Stadt wird durch gesteigerte Recyclingquoten auf ein Minimum reduziert, nicht verwertbare Abfälle werden nach aktuellen wissenschaftsbasierten Qualitätsstandards entsorgt. Dem Kreis und der Stadt ist es dadurch gelungen, die Restmüll und Wertstoffmengen um 70% zu reduzieren.
- Der Landkreis und die Stadt regen Unternehmen an, klimafreundlich zu handeln und fördert nachhaltige neue Unternehmen.

Forderungen

Energieversorgung:

1. 100% Erneuerbare Energieversorgung bis 2035, dies beinhaltet explizit auch die Energie für Wohnen, Heizen und Verkehr
2. Bau von Solarstromanlagen auf und an allen öffentlichen Gebäuden und Strukturen

Mobilität:

1. Starke Begrenzung des motorisierten Individualverkehrs:
 - Sofort Geschwindigkeitsbegrenzung auf Tempo 30 auf allen städtischen Straßen
 - Ab 2028 autofreie Insel
 - Verdopplung der Parkgebühren
 - Schaffung attraktiver Park-and-Ride-Systeme inklusive Carsharing-Systeme
 - Der Landkreis und die Stadt setzen sich auf Landesebene dafür ein, dass die Landesbauordnung geändert wird, sodass die Anzahl von KFZ-Stellplätzen verringert wird
2. Ein umfassender Ausbau des öffentlichen Nahverkehrs
 - Umfassende Investitionen in den Stadtbuss, die einen pünktlichen, weit vernetzten ÖPNV, der in hoher Taktung verkehrt, gewährleisten
 - Kostenloser ÖPNV bis 2025

- Schrittweise Elektrifizierung des ÖPNV

3. Ein starker Ausbau des Fahrradverkehrs

- Der Landkreis und die Stadt öffnen Einbahnstraßen für den zweispurigen Radverkehr.
- Der Landkreis und die Stadt richten Radwege ein, die eine komfortable Kombination von ÖPNV und Radverkehr ermöglichen.
- Ein durchgängiger Radweg zwischen Lindenberg und Lindau wird eingerichtet.
- Mängel an Radwegen werden systematisch erfasst und innerhalb eines Vierteljahres beseitigt.

4. Einführung eines betrieblichen Mobilitätsmanagements für Betriebe ab 50 Mitarbeitern, als Anreiz für umweltfreundlichen Berufsverkehr.

Kreis- und Stadtverwaltung:

1. Abzug aller finanzieller Rücklagen und Anlagen der Stadt Lindau aus klimaschädlichen Wertanlagen (Divestment)
2. Verbot von innereuropäischen Dienstreisen per Flugzeug für alle städtischen Mitarbeiter*innen
3. Vollständige CO₂-Kompensation aller Dienstreisen von Stadtangestellten
4. Gemeindebedienstete, welche die Möglichkeit haben innerhalb einer Stunde durch Nutzung des ÖPNV zu ihrem Arbeitsplatz zu gelangen, haben keinen Anspruch auf einen kostenlosen Parkplatz
5. Nur noch vegetarisches und veganes Essen bei Gemeindeveranstaltungen
6. Der Landkreis und die Stadt erstellen und veröffentlichen einmalig einen Gesamtbericht über alle bereits vorgenommenen Maßnahmen und explizit deren Stand der Umsetzung bezüglich des Klima- und Umweltschutzes aus allen Bereichen der Stadtverwaltung. Jedes halbe Jahr hat die Stadt gegenüber

der Bevölkerung über alle getroffenen klimarelevanten Maßnahmen öffentlich Rechenschaft abzulegen.

7. Der Landkreis und die Stadt erstellen und veröffentlichen jährlich einen Bericht zur Treibhausgasbilanz

8. Gemeindegesetzliche Begrenzung des Treibhausgasbudgets, das mit dem 1,5-Grad-Ziel in Einklang steht

9. Der Landkreis Lindau schafft einen Kreisklimarat, der aus Vertretern von Kreisrat, Fridays For Future, Parents For Future, dem Förderverein für Erneuerbare Energien sowie dem Klimaschutzmanagers des Landkreises besteht.

Stadtplanung und Gebäude:

1. Einhaltung von höheren Energieeffizienzstandards bei bestehenden Gebäuden

2. Schrittweise Steigerung der Sanierungsrate auf 2% bis 3% pro Jahr bis 2025

3. Ab 2020 verpflichtende Installation einer Photovoltaik- oder Solarthermieanlage nach Sicherheitsprüfung für Neubauten

4. Sollte die Installation einer Photovoltaikanlage nicht möglich sein, ist eine Eignung auf Dachflächenbegrünung zu prüfen

6. Großräumige Umwidmung von Parkplätzen für Autos in Fahrradparkplätze, neu gewonnene Flächen werden in Grünanlagen umgewidmet

7. Alle Grünflächen sollen auf Eignung zur Nutzung von Blühstreifen für Insekten geprüft werden. Die Stadt richtet frei zugängliche Gemeinschaftsgärten sowie auf allen dafür geeigneten Grünflächen der öffentlichen Hand Blühstreifen für Insekten ein

8. Verbot von geschotterten Steingärten bei allen Neu- und Umbauten

9. Bei Neubebauung werden Hecken ausschließlich aus heimischen Wildsträuchern angelegt

10. Neuverbrauch von Grünflächen auf Netto-Null reduzieren

Ressourcenverbrauch, Ernährung und Abfall:

1. Recyclingquote nicht unter 90% ab 2030
2. Die Rate der in Geschäften, Restaurants, Kantinen und Haushalten weggeworfenen Lebensmittel muss bis 2025 auf unter 5% gesenkt werden
3. Erhöhung des Anteils an vegetarischen/veganen, biologischen, regionalen und saisonal zubereiteten Gerichten in allen Verpflegungseinrichtungen des Kreises und der Stadt

Wirtschaft:

1. Förderungen des Kreises/der Stadt an Unternehmen müssen mit einem verbindlichen Klimaschutzplan des Unternehmens, der die Erreichung der Klimaneutralität bis 2035 beinhaltet, verbunden sein. Zusätzlich sollen besonders effektive, innovative Klimaschutzprojekte von Unternehmen nach unabhängiger Prüfung durch die Stadt/Gemeinde gefördert werden.
2. Der Kreis/die Stadt regt Unternehmen und Einrichtungen an, sich mit Projekten beim nationalen Innovationsprogramm für Wasserstoff- und Brennstoffzellentechnologie zu bewerben.
3. Stärkere Förderung von Forschungsprojekten. Der Kreis/die Stadt ermöglicht durch Informations- und Bildungsangebote eine breite und fundierte gesellschaftspolitische Debatte zum Klimawandel und unterstützt eine aktive Wissenschaftskommunikation.

Schluss

Der Kreis und die Stadt müssen ihrer Verantwortung gegenüber der Umwelt und nachfolgenden Generationen im Sinne von Artikel 20a des Grundgesetzes und der Allgemeinen Erklärung der Menschenrechte gerecht werden.

Zu lange wurde gezögert und gezaudert. Wir dürfen und können nicht mehr länger warten.

Es darf nicht die alleinige Aufgabe der Jugend sein, Verantwortung für die Priorisierung des Klimaschutzes zu übernehmen. Wir fordern auf Kommunalebene jede*n Politiker*in, ab sofort und gerade in Fragen der Klimagerechtigkeit, zu mehr politischem Engagement auf!

Solange die Politik dieser Verantwortung nicht ausreichend nachkommt, sehen wir uns gezwungen, weiter zu streiken, bis gehandelt wird!

Fridays For Future Lindau mit Unterstützung von:

Fridays For Future Lindenberg

Parents For Future Lindau

Förderverein für Erneuerbare Energien

Quellen:

Wie dringend notwendig entschlossenes Handeln und die Einhaltung des 1,5 Grad Ziels ist, ergibt sich eindeutig aus den Berichten des IPCC.

Die bundesweiten Forderungen von Fridays For Future finden Sie unter:
<https://fridaysforfuture.de/forderungen/>